

Abgeordnete fragen

Überflußgesellschaft

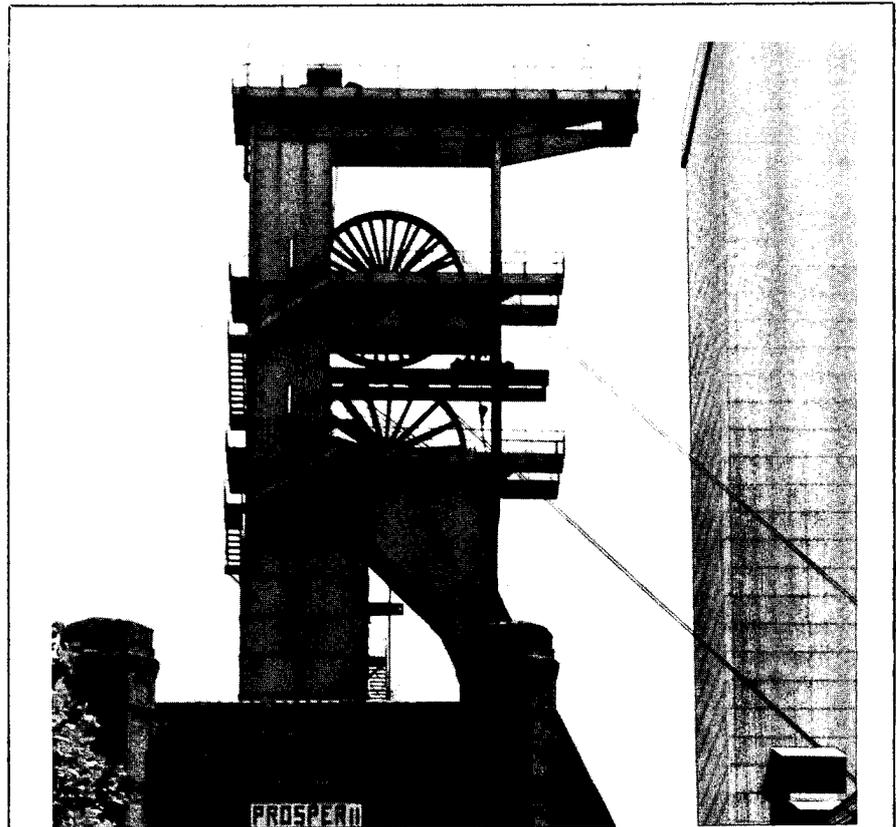
Fast 1,4 Millionen Tonnen Weizen sind nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik vernichtet worden. Diese Menge hätte nach Berechnungen der AGV ausgereicht, um 20 Millionen Menschen ein Jahr lang mit Brot zu versorgen. Die Vernichtung der Weizenmengen sei, so betonte die AGV, mit Subventionen aus Steuermitteln in Höhe von etwa 70 Millionen Mark bezahlt worden. Die CDU-Abgeordnete Edith Langner nahm diese Zahlen und die gleichzeitig erscheinenden Meldungen über katastrophale Hungersnot in Westafrika zum Anlaß, die Landesregierung um eine Stellungnahme zu bitten. Frau Langner fragt, was die Regierung unternehmen will, um eine solche Praxis der Weizenvernichtung in Zukunft zu vermeiden. Sie fragt, ob staatliche Stellen in NRW ihre Zustimmung zu den Weizenvernichtungen gegeben hätten. Die Abgeordnete: „Was will die Landesregierung unternehmen, um derartigen Weizen oder auch andere zur Vernichtung bestimmte Lebensmittel als Nahrungsmittel zu erhalten, um sie ggf. in Gebiete zu bringen oder bringen zu lassen, die von Hungersnöten – wie in Westafrika – betroffen sind?“ (Drs. 3204).

Ruhrverschmutzung

Um die Infrastruktur im oberen Sauerland zu verbessern, sind in der letzten Zeit zahlreiche Industriebetriebe in dieser Gegend errichtet worden. Der Ruhrsperrverein zeigte sich jedoch jetzt besorgt über die zunehmende Verschmutzung des Wassers in der oberen Ruhr und ihren Nebenflüssen. Der Bau weiterer Klärwerke würde nicht mehr ausreichen, um eine ausreichende Trinkwasserversorgung für den Ballungsraum

Vom 10. bis 22. November sind im Landtag 56 Drucksachen, 52 Vorlagen und 24 Zuschriften eingegangen. Sie können im Archiv des Landtags eingesehen werden. Drucksachen (Gesetzentwürfe usw.) sowie der Wortlaut der beschlossenen Gesetze vor Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NW sind beim Landtagsarchiv zum Selbstkostenpreis erhältlich.

Ruhrgebiet sicherzustellen, erklärte der Verband. Die Sauerlandgemeinden müßten daher im Rahmen des Finanzausgleichs dafür entschädigt werden, wenn sie auf fiskalisch lohnende Neuansiedlungen von Industrien verzichten, um die Wasserqualität nicht noch weiter herabzusetzen. Der CDU-Abgeordnete Dr. Theodor Schwefer will jetzt von der Landesregierung wissen, wie sie diese Darstellung des Ruhrverbandes und des Ruhrsperrvereins beurteilt und ob sie eine generelle Beschränkung der Industrieansiedlung im oberen Ruhrtal und den Gebieten entlang der Neben-



Noch vor Wochen ein Problem, jetzt Hoffnung: Ruhrkohle.

Foto: Tusselmann

flüsse erwägt. Der Abgeordnete wörtlich: „Glaubt die Landesregierung, daß mit Hilfe des kommunalen Finanzausgleichs ein ausreichendes Äquivalent für einen Verzicht von Gemeinden des oberen Ruhrtales auf weitere Industrieansiedlungen sowohl für die Gemeinden als auch für ihre Bürger geschaffen werden könnte?“ (Drs. 3148).

Studienordnungen

Die Gesamthochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen haben – mittlerweile genehmigte – Studienordnungen entwickelt, in denen die Studiengänge für das Lehramt an Hauptschulen mit denen für das Lehramt an Realschulen identisch sind. Der SPD-Abgeordnete Prof. Dr. Michael Hereth befürchtet, daß die Gesamthochschulen in Zukunft keine Hauptschullehrer mehr ausbilden werden, da bei jetzt gleichen Studiengängen für Hauptschullehrer lediglich die Besoldungseingangsstufe A 12a, für Realschullehrer hingegen die Eingangsstufe A 13 vorgesehen ist. Eine weitere Folge dürfte nach Ansicht des Abgeordneten sein, daß nur ein ziemlich kleiner Teil der Studenten der Gesamthochschulen das Lehramt an Grundschulen anstreben wird.

Er fragt daher die Landesregierung, ob die zuständigen Minister bei ihrer Entscheidung diese Konsequenzen bedacht haben. Wenn das der Fall sei, „werden diese gebilligt und warum?“ Sollten sie aber für unerwünscht gehalten werden, so fragt Hereth, „was gedenkt die Landesregierung zu tun, um hier baldigst Abhilfe zu schaffen?“ (Drs. 3223).

Gas auf Kohlebasis

In einer Fachzeitschrift für Bergbau wurde im Oktober berichtet, daß jetzt in Schottland eine Anlage in Betrieb genommen wurde, in der auf Steinkohlebasis in kommerziellem Umfang Gas erzeugt wird, das in seiner Qualität einem hochwertigem Erdgas nahekommt. Diese Anlage ist die erste ihrer Art in der Welt. Der CDU-Abgeordnete Dr. Heinz-Günther Hüsck nahm diese Neuheit zum Anlaß einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung. Er erkundigte sich bei der Regierung, wie sie den technologischen Effekt einer solchen Anlage beurteilt. Außerdem soll die Landesregierung mitteilen, ob sie eine Möglichkeit sieht, das in Schottland praktizierte technische Verfahren auch für die Nutzung der Steinkohlevorräte an der Ruhr einzusetzen. „Welche Konsequenzen wären notwendig, die Einführung dieses Verfahrens zur Erzeugung eines hochwertigen Gases aus Steinkohle im Bereich der deutschen Steinkohlebergbaugebiete und der Steinkohleförderung einzusetzen?“ fragt der Abgeordnete weiter. Ferner: „Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, mit Hilfe des in Schottland praktizierten Verfahrens den Steinkohleabsatz, insbesondere in den Gebieten, in denen Stilllegung von Zechen zu erwarten ist, zu stabilisieren?“ (Drs. 3156).